

Untätigkeit als radikalste Entscheidung

Wie das UN-System in den über 60 Jahren seiner Existenz gewachsen ist, kann man auch an den mittlerweile mehr als 60 Organisationen, Sekretariatseinheiten, Instituten und Kommissionen erkennen. Dass die Ausweitung des Systems angesichts der gestiegenen Anforderungen an die Vereinten Nationen größtenteils notwendig war, ist unbestritten. Unbestritten ist aber auch, dass die Vielzahl an Organisationen – insbesondere im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit – zu Unübersichtlichkeit, Überschneidungen und Ineffizienz geführt hat.

Diese Erkenntnis ist nicht neu, etliche Expertenkommissionen haben in der Vergangenheit Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Einige davon wurden umgesetzt. Doch die grundsätzlichen Probleme blieben bestehen oder wurden gar über die Jahre größer. Den jüngsten Versuch, das UN-Entwicklungssystem zu reformieren, unternahm im Auftrag des UN-Generalsekretärs eine Kommission aus angesehenen Politikern und Experten.

Die Empfehlungen dieser so genannten Hocharangigen Gruppe für Kohärenz des UN-Systems in den Bereichen Entwicklung, humanitäre Hilfe und Umwelt sind laut **François Rohner** nicht wirklich neu, können aber in ihrer pragmatischen Herangehensweise die zukünftige Richtung vorgeben. Aus Sicht der Geberländer seien die Vorschläge durchweg sinnvoll, doch sie verlangten auch den Mitgliedstaaten ein Höchstmaß an interner Koordinierung ab. Eine Mehrjahresfinanzierung der Entwicklungshilfe und eine stärkere Verlagerung auf ungebundene Beiträge seien dabei die entscheidenden Punkte, an der die Reform scheitern könnte.

Doch bevor begonnen werden kann, über die konkrete Umsetzung der Vorschläge nachzudenken, müssen die Entwicklungsländer von den Vorteilen überzeugt werden. **Thalif Deen** zweifelt an einer raschen Umsetzung. Er gründet seine Skepsis auf einen Brief, den die Gruppe der 77 im März 2007 an den Generalsekretär übermittelt hat, in dem sie ihre starken Bedenken zum Ausdruck bringt. Hauptkritikpunkte sind demnach: Mit dem neuen Konzept der einheitlichen Landesprogramme könnten die Zuflüsse der Geber zurückgehen und durch die Verknüpfung von Entwicklungsstrategien und Menschenrechte neue Konditionalitäten entstehen.

Die jüngsten Reformvorschläge zeigen, dass bei der Analyse der Probleme des UN-Entwicklungssystems weitgehend Einigkeit herrscht. Wie die Defizite allerdings beseitigt werden sollen, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die größte Herausforderung ist daher, angesichts der gegensätzlichen Interessen nicht in Untätigkeit zu verfallen. Wie die Hocharangige Gruppe festgestellt hat, wäre »die radikalste Entscheidung, die wir treffen könnten, die Beibehaltung des Status quo. Das wäre ein Sieg für die Untätigkeit und für engstirnige, kurzsichtige institutionelle und nationale Interessen, die ein System erhalten wollen, das sich über einen langen Zeitraum entwickelt hat und das niemand, der die heutigen Herausforderungen vor Augen hat, so entwerfen würde, wie es sich heute darstellt.«

Die kommenden Monate werden zeigen, wie ernst es den Mitgliedstaaten mit der Reform der UN-Entwicklungszusammenarbeit wirklich ist.

Ich wünsche eine anregende Lektüre.



Anja Papenfuß, Chefredakteurin
papenfuss@dgvn.de

